



## Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten in der Stadt Herzberg am Harz

Aufgrund der §§ 5a und 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.2009 (Nds. GVBl. S. 366), hat der Rat der Stadt Herzberg am Harz in seiner Sitzung am 10.03.2010 folgende Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten in der Stadt Herzberg am Harz beschlossen:

### § 1 Rechtsstellung

(1) Der Rat der Stadt Herzberg am Harz beruft eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Sie kann vom Rat der Stadt Herzberg am Harz aus diesem Amt mit einfacher Mehrheit wieder abberufen werden.

(2) Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte ist in ihrer Tätigkeit unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt. Bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ist sie an Weisungen nicht gebunden.

### § 2 Aufgaben

(1) Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten hat das Ziel, zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beizutragen. Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt nach Maßgabe der §§ 3 und 4 dieser Satzung an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen und Maßnahmen mit, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben.

(2) Im Rahmen der in Absatz 1 genannten Zielsetzung kann sie Vorhaben und Maßnahmen anregen, die

1. die Arbeitsbedingungen innerhalb der Verwaltung,
2. personelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes der Stadt Herzberg am Harz oder
3. Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft betreffen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist Ansprechpartnerin für alle Einwohnerinnen in der Stadt Herzberg am Harz hinsichtlich sämtlicher Gleichstellungsangelegenheiten.

### § 3 Verhältnis zu städt. Gremien

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an allen Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ratsausschüsse und der Ortsräte teilnehmen. Sie ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Sie kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.

(2) Widerspricht sie in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, dem Ergebnis der Vorbereitung eines Beschlusses des Rates durch den Verwaltungsausschuss, so hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe

hinzuweisen. Dies gilt für Beschlussvorlagen für den Verwaltungsausschuss und der Ortsräte entsprechend.

(3) Der Bürgermeister berichtet dem Rat gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten alle drei Jahre über die städtischen Maßnahmen zur Umsetzung des verfassungsrechtlich normierten Gleichstellungsauftrags; dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte ist verpflichtet, dem Rat jährlich einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.

#### **§ 4 Beteiligungsrechte**

Der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte in allen Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, rechtzeitig zu beteiligen und ihr die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt insbesondere in Personalangelegenheiten. Der Bürgermeister hat sicherzustellen, dass Anregungen im Sinne des § 2 Abs. 2 in den Geschäftsgang der Verwaltung gelangen. Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte ist in dem für die sachgerechte Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang berechtigt, Einsicht in die Akten der Verwaltung zu nehmen, in Personalakten jedoch nur mit Zustimmung der betroffenen Bediensteten.

#### **§ 5 Öffentlichkeitsarbeit**

Die Gleichstellungsbeauftragte kann die Öffentlichkeit über Angelegen ihres Aufgabenbereichs unterrichten.

#### **§ 6 Aufwandsentschädigung**

Für ihre Tätigkeit erhält die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte eine angemessene Aufwandsentschädigung. Mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung sind die ihr entstandenen Fahrtkosten innerhalb des Stadtgebietes abgegolten. Die Höhe der Aufwandsentschädigung wird in der Entschädigungssatzung der Stadt Herzberg am Harz geregelt.

#### **§ 7 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.04.2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Rechtsstellung der Frauenbeauftragten der Stadt Herzberg am Harz vom 22. März 1999 außer Kraft.

Herzberg am Harz, den 11.03.2010

Walter  
Bürgermeister

Die Satzung vom 11.03.2010 wurde im Amtsblatt für den Landkreis Osterode am Harz, Nr. 11, 39. Jahrgang, S. 124-125, ausgegeben am 24.03.2010, veröffentlicht und ist mit Wirkung vom 01.04.2010 in Kraft getreten.